

Oberlechner: SPÖ scheitert an Wohnkosten - Mieten müssen sinken!

FPÖ-Bautensprecher kritisiert SPÖ-Wohnminister Babler für steigende Mieten und fordert umfassende Wohnpolitik zur Entlastung.



Deutschland - Am 2. Juni 2025 äußerte Michael Oberlechner, Bautensprecher der FPÖ, scharfe Kritik am SPÖ-Wohnminister Karl Babler. Oberlechner hinterfragte die Effektivität des sogenannten Mietpreisbremsers und bezeichnete die aktuelle Wohnsituation als „wohnpolitische Perversion“. Er fordert von der SPÖ eine ganzheitliche Wohnpolitik, um die Wohnkosten nachhaltig zu senken. Insbesondere plädiert er für eine Erhöhung der Mittel im sozialen Wohnbau sowie Entlastungen für Gemeindebaummieter.

Zusätzlich beklagt Oberlechner, dass die Wiener SPÖ Mieterhöhungen erheblich gesteigert habe, was viele Bürger vor große Herausforderungen stelle. Um die Situation zu

entschärfen, fordert er eine Senkung der Mieten auf ein genossenschaftliches Niveau, was einer Reduktion um etwa ein Drittel entsprechen würde. Er kritisiert auch, dass die SPÖ es nicht geschafft habe, Spekulanten aus dem gemeinnützigen Wohnbau zu verdrängen, was die Lage weiter verschärfe.

Bedeutung von sozialem Wohnungsbau

Im sozialen Wohnungsbau sind Mieterhöhungen ein Sonderfall, da sie an die Kostenmiete gebunden sind. Die Kostenmiete umfasst sämtliche laufenden Aufwendungen wie Kapital- und Bewirtschaftungskosten, was sie besonders anfällig für finanzielle Veränderungen macht. Bei einer Kostensteigerung, ohne dass der Vermieter schuldhaft gehandelt hat, kann eine Mieterhöhung durch eine schriftliche, amtlich genehmigte Erklärung erfolgen. Die seit Jahren steigenden Bau- und Verwaltungskosten haben die Notwendigkeit von Anpassungen deutlich gemacht. Diese Regelungen sind im § 10 WoBindG festgelegt und erfordern eine transparente Berechnung, um rechtlich bindend zu sein. **Gevestor** hebt hervor, dass Mieterhöhungen nur unter bestimmten Vorbedingungen vorgenommen werden dürfen.

Diese Einschränkungen zur Mieterhöhung sind besonders wichtig, da der Anteil der Mietkosten am Einkommen vieler Haushalte in den letzten Jahren stark gestiegen ist. In Deutschland beträgt dieser Anteil mittlerweile 25%, während ärmere Haushalte sogar bis zu 36% ihres Einkommens für Miete ausgeben. Trotz gesetzlicher Änderungen, wie der Einführung des Mindestlohns, wurden die Herausforderungen in der Wohnungsfrage nicht gemindert.

Gesellschaftliche Implikationen

Die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt hat weitreichende soziale Konsequenzen. Ein Mangel an geeignetem Wohnraum führt dazu, dass vor allem junge Menschen und Familien oft jahrelang nach geeigneten Unterkünften suchen

müssen. Diese Situation hat direkte Auswirkungen auf die Mobilität und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Der Abbau von Sozialwohnungen in den letzten Jahrzehnten hat zu einem Rückgang der verfügbaren Wohnungen geführt, von einst 18% in den 1990er Jahren auf aktuell knapp 6%.

Die wachsende Ungleichheit bei den Wohnkosten trägt zur Verfestigung von Armut bei und erschwert den Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland, was den bestehenden Fachkräftemangel noch verstärkt. Trotz der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklungen bleibt das Wohnen eine der drängendsten sozialen Fragen in Deutschland und erfordert dringend umfassende politische Maßnahmen. **Zeit** zeigt auf, dass die Problematik der Wohnraumversorgung eng mit Themen wie Sozialpolitik und Armutsbekämpfung verknüpft ist.

Oberlechner kündigte zudem Initiativen im Nationalrat an, um die Wohnsituation in Österreich zu verbessern und den Druck auf die Mieter zu verringern. Es bleibt abzuwarten, wie die politische Landschaft auf diese Herausforderungen reagiert und welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.ots.at • www.gevestor.de • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at